



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/200

23. Dezember 1949

Zur Jahreswende

Erich Ollenhauer, stellv. Vors. der SPD

Das Jahr 1949 war reich an bedeutsamen Ereignissen für das deutsche Volk. Manche gaben Anlass zu Hoffnung und Ermutigung.

Der Kampf um die Freiheit Berlins endete mit einer klaren Niederlage der Russen. Berlin ist weiterhin ein Vorposten der Demokratie, gestützt auf eine Zweidrittel-Mehrheit der Sozialdemokratie.

Die westlichen Besetzungszonen haben eine gemeinsame staatsrechtliche Basis bekommen. In freien Wahlen wurde der erste Bundestag der Bundesrepublik Deutschland gewählt. 45 Millionen Deutsche haben endlich wieder eine gemeinsame Repräsentation ihres politischen Willens.

Leider sind damit die positiven Elemente einer Bilanz des Jahres 1949 schon erschöpft. Die ersten Schritte der Bundesrepublik sind nicht sehr ermutigend im Sinne einer demokratischen und sozialen Entwicklung. Die Bundesregierung Adenauer, gestützt auf die Mehrheit von einer Stimme, tut alles, um aus den Anfangsschwierigkeiten eines parlamentarisch-demokratischen Staatswesens Kapital für eine autoritäre Staatsführung zu schlagen. Die Folge ist, dass die Rechte, die zunächst abwartend beiseitestand, heute die Regierung unterstützt, während die Sozialdemokratie heute die Regierung Adenauer beim Bundesverfassungsgericht wegen Verletzung des Grundgesetzes anklagt.

Die parlamentarische Auseinandersetzung spielt auf dem Hintergrund einer wirtschaftlichen und politischen Restaurierung der alten herrschenden Kräfte, die in ihrer Rücksichtslosigkeit und Skrupellosigkeit nach der Währungsreform alle bitteren Erfahrungen der Weimarer Republik hinter sich lässt. Die "soziale Marktwirtschaft" der Herren Adenauer und Erhard trägt reiche Früchte - für die Besitzenden. Was bedeuten demgegenüber die niedrigen Reallohne der Arbeitenden, die steigenden Arbeitslosenzahlen und das Millionenheer von Flüchtlingen.

Das ist eine harte Kritik an einer Regierung, die sich "christlich" nennt. Aber sie ist gerechtfertigt. Die Gesundung der Besitze-

den an Produktionsmitteln ist eine unbestreitbare Realität. Die Hoffnung auf eine Besserung der materiellen Situation der Arbeitenden und der Flüchtlinge besteht bisher nur in Versprechungen der Bundesregierung. Das Tragische ist, dass es bei diesen Versprechungen bleiben wird, wenn die Regierung ihre beabsichtigten Steuersenkungen durchführt. Senkung von Steuern heißt: bewussten und kaltherzigen Verzicht auf jeden sozialen Fortschritt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein souveräner Staat. Wir sind ein besetztes Land und neben dem Grundgesetz gilt das Besatzungsstatut. Mehr noch, in den entscheidenden Fragen der Nation, wie z.B. in der Außenpolitik, ist das Besatzungsstatut die einzige reale Verfassung der Deutschen.

Die Stärke einer deutschen Regierung in dieser Situation liegt darin, die Grenzen ihrer Möglichkeiten zu erkennen und nicht auf Gebieten zu agieren, auf denen ein einfaches Nein der Hohen Kommissare uns in die Grenzen unserer Selbstverwaltung zurückweist. Der Bundeskanzler aber will jetzt, und unter den jetzigen europäischen und weltpolitischen Bedingungen, die Bundesrepublik in die Machtkonstellation Westeuropa eingliedern. Verständlicherweise, denn niemals wieder wird in einem geeinten freien und demokratischen Deutschland der politische Klerikalismus die Chance haben, die er heute hat. Einigung Europas ist die zugkräftige Massenparole, Aufrichtung eines konservativ-klerikalen Blocks vom Rhein bis hinter die Pyrenäen ist das wirkliche Ziel. Die Selbstverständlichkeit, mit der der Bundeskanzler durch seine Unterschrift unter das Petersberg-Abkommen ohne Befragung des Parlaments dem deutschen Volke weitgehende dauernde Verpflichtungen auferlegt hat, findet in diesen Vorstellungen ihre Erklärung. Der Effekt dieser Politik wird unvermeidlich eine Konstellation sein, bei der die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker Westeuropas, Deutschland eingeschlossen, unter konservativen, kapitalistischen und klerikal-totalitären Vorstellungen gegenüber einer neuen Diktatur verteidigt werden soll.

Die 18 Millionen Deutschen in der Ostzone leben noch aussorhalb der neuen westdeutschen staatlichen Gemeinschaft, aber es ist offenkundig, dass dieser Zustand nicht ihrem freien Willen, sondern der Gewalt der Besatzungsmacht und ihrer Quisling-Partei, der SED, entspringt. Die Auseinandersetzung mit der Diktatur im Osten ist zunächst und vor allem eine politisch-moralische Aufgabe. Die Entscheidung liegt nicht in erster Linie bei den militärischen Mitteln, die

die Entscheidung liegt im Politisch-Sozialen. Wenn zwischen Elbe und Atlantik, von der Bismeerküste Norwegens bis zur Südspitze

Italiens rund 200 Millionen Menschen aus der täglichen Erfahrung wissen, was politische und persönliche Freiheit einerseits und soziale Sicherheit andererseits als Realität bedeuten, ist der Versuch, unter sogenannten sozialistischen Parolen den europäischen Kontinent für den russischen Imperialismus zu erobern, von vornherein aussichtslos. Die Chance der Sowjetunion in China ergab sich erst in dem Augenblick des Versagens der chinesischen Nationalregierung gegenüber ihren innerpolitischen, sozialen Aufgaben.

Es gibt keinen Grund, den Ereignissen des Jahres 1950 mit Ruhe und Zuversicht entgegenzusehen. Wir haben die paradoxe Situation, dass sich äusserlich das Leben in Westdeutschland normalisiert, aber gleichzeitig die Probleme in ihrer vollen Klarheit und Schwere hervortreten. Es ist wie nach einer Neumond-Nacht. Wir sind glücklich, nach der schier endlosen Wanderung durch die Stockfinsternis endlich das Grauen des Morgens zu sehen, aber je weiter wir in den erwachenden Tag hineinwandern, desto klarer werden die Sorgen des kommenden Tages, die wir lösen müssen, ehe wieder der Abend über uns herabsinkt. Im Winter sind die Tage kurz, wir müssen schnell handeln.

Wenn wir Sozialdemokraten mit Leidenschaft und mit Härte um das neue soziale Gesicht Deutschlands kämpfen, wenn wir uns dagegen wehren, dass das neue Europa aufgebaut wird unter falsch betonten Vorstellungen von Souveränität und Sicherheit, dann geht es uns um die letzte Berufung, die uns an den demokratischen und freiheitlichen Sozialismus, ohne Rücksicht auf die Nationalität seiner Träger bindet.

Wir sind eine demokratische Partei, es gibt bis heute kein besseres Prinzip der Formung des politischen Willens eines Volkes. Wir wissen aus einer achtzigjährigen Geschichte unserer Partei, dass dieser Weg der schwerste ist. Trotzdem, wenn wir den Glauben an den Menschen aufgeben, geben wir uns selbst auf. Wir wissen zwar nicht, zu welchen Entscheidungen wir im Jahre 1950 aufgerufen werden, aber wenn wir durch den Gang der Ereignisse, sei es national oder international, zu kämpfen gezwungen werden, dann werden wir kämpfen, in Offenheit und Klarheit unter der Parole: "Für Frieden, Freiheit und Recht".

Die Ehe in der Sowjetunion

sp. Man hatte sich im Westen daran gewöhnt, die Ehe in der Sowjetunion als eine recht lockere Angelegenheit anzusehen. Hatte doch der sogenannte Geist des Fortschritts an der Moskwa nach der Verkündung der völligen Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann bei der Sozialisierung allen Besitzes und aller Einrichtungen auch vor der Ehe nicht haltgemacht und darin einen Zustand proklamiert, der dem Ideal der freien Liebe denkbar nahe kam. In Wirklichkeit ist dieser Zustand aber längst vorbei. Der Ehe wurden wieder Fesseln angelegt, wie sie die kirchlichen Sakramente kaum haltbarer sein können. Eine Verfügung des sowjetischen Justizministers an alle Gerichte, eine Ehe nur in den allerschwersten Fällen der Familienzerrüttung usw. zu trennen, hat die jetzige Lage in den letzten Tagen noch einmal unterstrichen.

Der Zustand grösster Freiheit für die beiden Ehepartner war vor Lenin geschaffen worden. Dabei kann er selbst kaum als Vorbild auf diesem Gebiete gelten. Jedenfalls waren Freunde, die ihn in den Jahren seiner Herrschaft im Kreml besuchten, stets besonders beeindruckt von seinem Sinn für Häuslichkeit und Familie, der ihn mit seiner Frau verband. Und als ihm der Tod die Staatsführung aus der Hand riss, war es in erster Linie seine Frau, die Krupskaja, die sich zur Hüterin seines Erbes machte, bis sie von Stalin gewaltsam zur Ruhe gesetzt wurde.

Der einzigen Formalität, der sich damals die Eheschliessenden unterwerfen konnten, wenn sie wollten, war der Gang zum "SAGS", dem Standesamt, um die Ehe registrieren zu lassen. Für die Ehescheidung genügte eine Postkarte an den SAGS und, was natürlich eine Charakterfrage war, an den Ehepartner, und man war wieder frei. Wer auch solche Registrierung noch als Zwang empfand, zog ohne jede Formalität mit seinem Partner zusammen. Eine solche Ehe hatte dann die gleiche Gültigkeit wie die vor dem SAGS geschlossene.

Diese paradisiische Ungezwungenheit scheiterte an den Kindern, für die sich niemand verantwortlich fühlte. Man hatte das keineswegs

übersehen. Der Staat wollte sie erziehen. Aber er war dazu nicht in der Lage. Die überall umherlungernden Kinder wurden schliesslich zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Das gab Veranlassung, auch in Punkte Ehefreiheiten zum Rückzug zu blasen.

Dieser geschah etappenweise. Ab 1936 mussten alle Ehen registriert werden. Dann wurden die Ehescheidungen erschwert. Und während des letzten Krieges, als es galt, die moralische Haltung der Sowjetbürger zu erhöhen, hatte man auch im Kroml die Bedeutung der Ehe

erkannt. Ein neues Gesetz stellte diese 1944 unter den Schutz des Staates. Die Gesetzgeber kannten die Männer nur zu gut. Als wich-

tigste Bestimmung wird jedem Ehemann das Recht zugesprochen, seine Frau bei einem Arbeitsplatzwechsel mitzunehmen. Früher war das verboten, und die einfachste Scheidung war eine Versetzung.

Hinsichtlich der Scheidungen enthält das Gesetz geradezu kapitalistische Bestimmungen. Jedenfalls kann sich die, wenn überhaupt,

nur ein Angehöriger der neuen Oberschicht leisten. Die Absicht, sich scheiden lassen zu wollen, muss in der örtlichen Zeitung veröffent-

licht werden. Dann kommt die Scheidungsklage vor den Volksgerichtshof, der aber nur einen Versöhnungsversuch unternimmt. Nächste In-

stanz: Bezirksgericht. Kostenpunkte: etwa 2000 Rubel für jeden Partner, das sind bis zu 5 Monatslöhne für einen einfachen Fabrikarbeiter.

Dieses Gericht soll nur selten eine Scheidung aussprechen. Der Fall muss also vor ein höheres Gericht und damit wird vielen schon der

Mut und auch das Geld ausgehen.

Und wenn man sich nach dem Sinn dieser Erschwerungen fragt: der Staat braucht Kinder, viel Arbeiterkinder für Fabriken, Kolchosen

und Armeen. Er lässt sich die Erziehung zur Kinderfreundigkeit auch etwas kosten: Mütter mit drei und mehr Kindern erhalten Vergünsti-

gungen. Es gibt Prämien und Auszeichnungen. Eine Mutter mit zehn oder mehr Kindern aber erhält den Ehrentitel: "Heldin der Mutterschaft".

Auf gefährlichem Wege

G.G. In den letzten Monaten ist das Korporationsproblem mehr und mehr in den Mittelpunkt aller Debatten um Hochschulfragen getreten. Der weitaus überwiegende Teil der öffentlichen Meinung hat das Wiederaufleben der alten Verbindungen verurteilt, oft mit Unmissverständlicher Deutlichkeit.

Man versucht, diese Kritik dadurch abzufangen, dass man nun erklärt, man sei auf der Suche nach neuen Formen. Lippenbekenntnisse

dieser Art ertönten in den letzten Wochen aus Marburg, wo sich eine neugegründete Arbeitsgemeinschaft deutscher Studentenverbindungen

zur-durchaus nicht immer demokratischen-Tradition der Burschenschaft bekannte, aus Regensburg, wo der wiedererstandene Kartellverband

der katholischen Studentenvereine Deutschlands sogar die Tübinger Resolution der westdeutschen Rektorenkonferenz begrüßte, die die

Korporationen alten Stils ablehnt. Dabei wird oft betont, dass es ja der Nationalsozialismus gewesen sei, der die Korporationen ver-

bot, und dass man deshalb das Recht habe, auf Wiedergutmachung zu pochen. Von diesem Recht macht man auch bereits ausgiebig Gebrauch.

Es ist deshalb äußerst reizvoll, einmal auf die tatsächlichen Vorgänge zurückzublicken. Von irgendwelchem Widerstand gegen den

Nationalsozialismus kann keine Rede sein, wenn man sich einmal an den Aufruf des "Führers"(sic)des Cartellverbandes der katholischen

deutschen Studentenverbindungen(CV) vom 15.Juli 1933 erinnert. Darin wird die"Zerschlagung aller parlamentarisch-demokratischen Einrich-

tungen" gefordert. Der CV entbietet "den tapferen Soldaten in der braunen Armee Adolf Hitlers" seinen Gruss,"nur der nationalsozial-

istische Staat, der machtvoll aus der Revolution herauswächst", könne"die Wiederverchristlichung unserer Kultur bringen". Edmund

Forschbach, der "Führer" des CV, schliesst seine Tiraden mit dem Gelöbnis,"mutiger und entschlossener Kämpfer für die grossdeutsche

völkische Sendung, für das Dritte Reich aller Deutschen zu sein... Heil unserem Führer Adolf Hitler!"

Mit taktischer Rücksichtnahme auf die Erhaltung des Bundes

konnte man eine derartige Anbiederung nicht mehr entschuldigen, sie half auch nichts. Denn man betonte zur Bekräftigung seiner Haltung

immer wieder, dass schon 1920 der CV den Beschluss gefasst habe, keine Sozialdemokraten in seinen Reihen zu dulden, ebensowenig wie Angehörige der semitischen Rasse, auch wenn sie zum Christentum übergetreten sind.(!)"

Es sei die Frage gestattet, ob dieser Beschluss auch zum "sinnvollen Alten" zählt, mit dem man das heute Notwendige verbinden wollte,

wie die katholischen Studentenverbindungen jetzt recht nebelhaft ihre Ziele umschreiben. (Laut deutscher Universitätszeitung). Es wird

Zeit, dass sich die katholischen Studentengemeinden, durchaus begrüssenswerte Zusammenschlüsse auf religiöser Basis, mit den immer

mehr auflebenden katholischen Studentenverbindungen auseinandersetzen. Hier lauert eine gesamtpolitische Gefahr, die nicht unterschätzt werden darf.

Die Anzeichen mehren sich, dass aus dem CV hervorgegangene Bewerber auf höhere Beamtenstellen beim Personalaufbau

der Bundesregierung wie in gewissen deutschen Ländern einseitig bevorzugt werden. In Österreich hat diese Entwicklung schon einmal

in kontinuierlicher Steigerung zur Diktatur geführt. Die Träger des Austro-Faschismus waren fast sämtlich aus katholischen Korporationen

hervorgegangen. Videant Consules!

.....

Zum Januar-Programm in Bonn

sp. Das neue Jahr wird das Parlament bei intensiver Arbeit sehen müssen, wenn alle drängenden Aufgaben eine befriedigend schnelle Er-

ledigung finden sollen. Mit der bisherigen Improvisation wird dann nicht mehr auszukommen sein, und es liegt auch kein Anlass vor, für

die Fortsetzung solcher Improvisationen, denn die Regierung und ihre Büros haben inzwischen genügend Gelegenheit gehabt, sich zu etablie-

ren, an neuen Gesetzentwürfen zu arbeiten, bzw. sich mit dem noch vom Wirtschaftsrat vorbereiteten Entwürfen vertraut zu machen.

Aber es hat nicht den Anschein, als wenn die Zeit genützt worden wäre, denn selbst das von der Regierung angekündigte Steuergesetz,

das sie in guter, demokratischer Tradition ohne Befragung des Par-

lamentes am 1. Januar in Kraft zu setzen ankündigte, ist bis heute nicht im Entwurf in die Hände der Abgeordneten gekommen. Es steht jedoch zu erwarten, dass die am 9.1. zusammentretenden Ausschüsse und die für den 11.1.1950 15 Uhr einberufene Tagung des Plenums sich als erstes mit der Steuerreform beschäftigen werden.

Für Januar stehen zwei Gesetzentwürfe der SPD zur Diskussion, der Entwurf für das Bundesverfassungs-Gericht und das Wohnungsbaugesetz.

Das letztere ist Gegenstand weiterer Beratungen in der SPD und soll mit einem ausführlichen Kommentar allen Abgeordneten des Bundestages am 10.1.1950 von der SPD überreicht werden. Wichtig ist weiter die Beratung und Verabschiedung eines ordentlichen Etats für 1949/50, zumal

am 1.4.1950 das neue Etat-Jahr beginnt, für das ebenfalls ein Haushaltsplan beraten werden muss. Die SPD verlangt für beide Fälle einen detaillierten Haushaltsplan, um auch hier den unzuträglichen Zustand der Improvisation zu beenden. Aber auch dazu liegen seitens der Regierung bisher keine Vorschläge vor - man hat noch nicht einmal einen einfachen Stellenplan ausarbeiten können.

Nach den Vorstellungen der SPD wird sich das Plenum auch eingehend mit der Lohn-Preisfrage zu beschäftigen haben. Die ansteigenden Arbeitslosenziffern und die unverkennbaren sozialen Mängel haben ihre Hauptursache in der Diskrepanz zwischen Erzeugung und Kaufkraft. Auch die Frage des Demontagestopps muss das Plenum prüfen. Es hat sich gezeigt, dass Demontagestopp keineswegs gleichbedeutend ist mit der Erhaltung der Arbeitsplätze und die SPD ist der Auffassung, dass nicht produzierende Industrierwerke kein geeignetes Kompensations-Objekt sind für die Mitverantwortung der Regierung in der Ruhrbehörde.

Wenn man weiter an die notwendige Regelung des Mitbestimmungsrechtes durch Bundesgesetz und das seit langem angekündigte Gesetz

über die Dekartellisierung denkt, die beide in Kürze das Plenum beschäftigen sollen, so versteht man die Forderung der SPD, künftig

das Plenum an vier Tagen der Woche nachmittags tagen zu lassen und die Vormittage den Ausschuss-Beratungen vorzubehalten. Ein erfolgreiches Arbeiten ist nur gewährleistet bei erheblicher Intensivierung der ganzen Parlamentsarbeit.

"Die demokratische Gemeinde"

sp. Die SPD kann auf eine jahrzehntelange erfolgreiche Tätigkeit in der kommunalen Arbeit zurückblicken. Sozialdemokratische Gemeindevertreter waren es, die die sozialen Fragen in die kommunalen Parlamente gebracht haben. Auf ihre Initiative sind in der Hauptsache die fortschrittlichen Einrichtungen in den Städten und Gemeinden zurückzuführen.

Im besonderen Masse hat sich die SPD von jeher die Schulung ihrer kommunalpolitischen Funktionäre angelegen sein lassen, damit sie sich in den Gemeindeparlamenten die nötige Achtung und Anerkennung verschaffen konnten.

Die erste kommunalpolitische Zentralstelle der SPD wurde 1889 in Degerloch b. Stuttgart unter der Leitung des bekannten Kommunalpolitikers Dr. H. Lindemann eingerichtet. Seither war eine umfangreiche kommunalpolitische Literatur entstanden. 1908 - 1915 wurde von Dr. H. Lindemann, Dr. R. Schwander und Dr. A. Südekum alljährlich das bekannte Werk "Kommunales Jahrbuch" herausgegeben. Von 1901 - 1922 erschien die monatliche Zeitschrift "Kommunale Praxis". Die USPD stellte ihren kommunalpolitischen Funktionären von Oktober 1919 - Ende 1922 "Die sozialistische Gemeinde" zur Verfügung. Nach der Vereinigung der beiden Parteien erschien ab 1.1.1923 die Monatsschrift "Die Gemeindepolitik" und ab 1. Juli 1924 die Halbmonatsschrift "Die Gemeinde". Als der Nationalsozialismus alle fortschrittliche Literatur verbot, musste "Die Gemeinde" ihr Erscheinen am 15. April 1933 einstellen.

Seit dem 1. Oktober d. J. erscheint im Zentralverlag der SPD als zentrales kommunalpolitisches Organ "Die demokratische Gemeinde" wieder. Die ersten drei Hefte haben einen guten Anklang gefunden. Die grosse Zahl der bisherigen Abonnenten beweist, welches echte Bedürfnis gerade für diese Zeitschrift vorhanden ist. Ab Januar erscheint die Zeitschrift in einer neuen geschmackvollen Aufmachung. Das Januarheft wird aber auch inhaltlich von besonderer Bedeutung sein. Die sozialdemokratischen Innenminister Westdeutschlands nehmen zu der aktuellen Frage der künftigen Gemeindeverfassung ihres Landes Stellung. Für die zwölf westdeutschen Länder wird daneben eine Übersicht über ihren Aufbau mit Grösse und Bevölkerungszahl sowie nach Regierungsbezirken, Stadt- und Landkreisen gegeben. Ferner sind die Länderminister namentlich mit Parteizugehörigkeit angeführt. Die weiteren Aufsätze sind der praktischen Arbeit gewidmet.

Verantwortlich: i. V. Josef Schmidt

ALLEN UNSEREN BEZUEHERN UND MITARBEITERN ENTSETZEN WIR
ZUM WEIHWACHTSFEST UND ZUM JAHRESWECHSEL DIE BESTEN GLÜCK-
WÜNSCHE. WIR VERBINDEN DIESE WÜNSCHE MIT DER HOFFUNG AUF
EINE WEITERE GEDEHLICHE ZUSAMMENARBEIT IM KOMMENDEN JAHR !

VERLAG UND REDAKTION DES
"SOZIALDEMOKRATISCHEN PRESSEDIENSTES"